

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Anzeigenpreis: Die halbjährige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Restzeile 35 Goldpfennige. Bei telefonischer Bestellung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Bezugspreis innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 284

Altensteig, Dienstag den 2. Dezember.

Jahrgang 1924

## Politische Streiflichter.

Nur wenige Tage trennen uns vom 7. Dezember, der dem deutschen Volke eine schwere Verantwortung auferlegt. Wohl hat uns die Entwicklung seither deutlich eine wachsende Abkehr von den politischen Extremen gezeigt, aber auf der anderen Seite ist eine starke Rahmlosigkeit und politische Gleichgültigkeit zu verzeichnen, und auf den erschreckenden Beweis unserer politischen Unreife, der im Austausch immer wieder neuer Splitterparteien liegt, haben wir erst in diesen Tagen hingewiesen. Berechtigt uns all das, sowie die bisherigen Erfahrungen des gegenwärtigen Wahlkampfes zu der Hoffnung auf einen arbeitsfähigen Reichstag und vor allem auf die Bildung einer Regierung, die das schwere Erbe zu verwalten vermag, das ihr mit dem Londoner Pakt und seinen noch auf lange Jahre zu berechnenden tiefgreifenden außen- und innenpolitischen Folgen zufällt? Für jeden, der Staat und Volksgemeinschaft wirklich über das Parteinteresse stellt, ist das eigentliche Ziel des Wahlkampfes die Bildung einer Regierung, die endlich einmal ohne die bisher zumeist beliebten Fraktionschiebungen in verfassungsmäßiger Form zustandekommen und alle die Parteien hinter sich versammeln muß, die trotz aller Abweichungen im einzelnen, ehrlich gewillt und geeignet sind, die vor uns liegenden Probleme in Angriff zu nehmen. Die Regierungsbildung muß sofort nach dem 7. Dezember zustande kommen. Die Experimente, die in der unseligen Inflationszeit unser Schicksal waren: parlamentslose Zeiten, Ermächtigungsgesetz, Belagerungszustand und endlich zum Schluß eine auf die Dauer nicht haltbare Minderheitsregierung, müssen nun endlich der Vergangenheit angehören.

Es gibt vielerlei Wahlmachenschaften. Eine solche, die ein außenpolitisches Gesicht trägt und an den Sinowjewbrief bei den englischen Wahlen erinnert, ist folgende:

Die „Berliner Börsenzeitung“ hat mit einer „Deutschschrift“ aufgewartet, und andere Blätter haben sie ebenfalls abgedruckt, die der französische Ministerpräsident Herriot angeblich am 8. November an die Verbandsmächte gerichtet haben soll, um sie zu veranlassen, von Deutschland die Umwandlung der Stelle des Chefs der Heeresleitung und der Abschaffung der Gruppenkommandos 1 und 2 zu fordern. Die jetzige Organisation der Reichswehr sei für den Frieden gefährlich, und General v. Seeckt könne jeden Augenblick die Diktatur in Deutschland herbeiführen. An amtlicher Stelle ist von einer solchen Note nichts bekannt, vielmehr wurde auf das französische amtliche Dementi der Haas-Agentur vom 22. ds. Mts. hingewiesen, demzufolge bereits die französische Regierung eine solche Maßnahme ihrerseits in Abrede gestellt hat. Aus Paris wird erklärt, man habe schon leghin von zuständiger Seite festgestellt, daß die ganze Geschichte vom ersten bis zum letzten Buchstaben erfunden sei.

Dennoch muß man der Sache Beachtung schenken, ob nicht etwas dahinter steckt. Es ist merkwürdig, wie entgegenkommend die Reichsregierung gegen Herriot ist. Aus Paris wird berichtet:

Der deutsche Botschafter v. Hüsch hat am Samstag den Ministerpräsidenten Herriot aufgesucht und ihm unter ausdrücklicher Wahrung des Standpunktes der deutschen Regierung wegen der Beurteilung und Verhaftung des Generals v. Katuschus mitgeteilt, daß die Regierung von der Begnadigung des Generals mit Genußung Kenntnis genommen habe. Der Botschafter hat Herriot ferner davon in Kenntnis gesetzt, daß die deutsche Regierung aus freiem Entschluß beabsichtigt, demnächst die Begnadigung eines in Deutschland gefangenen französischen Staatsangehörigen vorzunehmen.

Am kommenden Samstag, den 6. Dezember, wird in Rom der Völkerbundsrat zu einer Sitzung zusammentreten, die der Durchführung der letzten Versammlungsbeschlüsse gewidmet sein soll. Frankreich entsendet, wie zur Vollversammlung nach Genf, der Bedeutung der Beschlüsse entsprechend, Briand, aus Belgien kommt der Minister des Äußeren, Hymans; diesmal wird auch Mussolini teilnehmen, da der Rat in Rom tagt. Die übrigen spielen keine Rolle, höchstens der in Rom tagende Herr Benesch aus Prag. Dem Rat gehören als betriebsame Mitglieder aus: Belgien, Brasilien, Schweden, Spanien, Uruguay, als ständige Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. Aber eine Veränderung wird sich schon in der Zusammenfassung des Rats zeigen. Aus England kommt nicht der Völkerbundschwärmer Lord Robert Cecil und nicht der ewig freundliche und zustimmende Lord Parmoor, sondern der neue Herr im Auswärtigen

Amten, Austen Chamberlain. Das neue unsonstige Kabinett Baldwin legt Wert darauf, eine einheitliche Außenpolitik zu betreiben, und betont es auch in der Personfrage. Das ist die Veränderung, die sich auch in der Ratssitzung auswirken wird: Nicht mehr die durchaus englische aber doch bewußt pazifistische Arbeiterregierung MacDonalds lenkt heute Englands Geschick, sondern eine nur-englische Regierung, die jenen Vertrag mit Räterussland kurzerhand gekündigt hat und mit dem energischen Durchgreifen ganz nach altem Stil in Ägypten befaßt in Genf erscheint. Diese ägyptische Frage wird den Völkerbund wohl kaum beschäftigen. Der Völkerbund ist für England gut, soweit er keine Lebensinteressen Englands berührt; sowie diese in Frage kommen, gilt das Wort: der Starke ist am mächtigsten allein! Nicht umsonst hat Baldwin den Völkerbund einem französischen Beträger gegenüber die Liquidationskammer internationaler Streitigkeiten genannt; als nichts anderes gilt er anscheinend den neuen Männern in England. Das wirkt auf ihre Stellung zu dem Genfer Protokoll, den Beschlüssen der Völkerversammlung, natürlich ein und damit auch auf das Schicksal dieses Protokolls. An diesem aber sind wir Deutsche stark interessiert, wie wir überhaupt dem Völkerbund eine größere Beachtung schenken müssen, als es bisher in weitesten Kreisen geschehen ist. Das Genfer Protokoll soll in Rom nicht behandelt werden.

## Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland.

Die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums haben in den kommenden Wochen und Monaten ein außergewöhnliches Maß von Arbeit zu bewältigen. Mit England, Frankreich, Belgien, Italien, Rußland und Polen sowie noch mit einer Reihe anderer kleiner Staaten müssen Handelsverträge abgeschlossen werden. Am 10. Januar 1925 erlischt die Bestimmung des Artikels 280 des Versailler Vertrages, wonach Deutschland allen Völkern einseitig die Reichsbegünstigung gewähren muß. Es ist außerordentlich schwer, mit jeder Macht gesondert zu verhandeln, da es keinen Normativvertrag gibt, nach welchem die einzelnen Verträge abgeschlossen werden könnten.

Am 17. November sind die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen durch eine feierliche Sitzung in Moskau eingeleitet worden. Die amtliche bolschewistische Zeitung „Iswestija“ benutzte die Gelegenheit, um dem deutschen Kapital eine Warnung zu erteilen. Der deutsche Botschafter Graf Brodorski-Rankau hatte in seiner Eröffnungsansprache der sowjetrussischen Auffassung weitgehend Rechnung getragen, indem er ausdrücklich anerkannte, daß jedes Land das Recht behalten solle, sein Wirtschaftssystem nach eigenem Ermessen aufzubauen. Darin ist eine ausdrückliche Anerkennung des Außenhandelsmonopols enthalten, welches die Sowjetregierung unter keinen Umständen aufgeben will. Wie hinderlich ein solches Monopol für die Belebung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern ist, hat sich schon unter der sogenannten R.E.P. (Neue Wirtschaftliche Politik) herausgestellt, die in den letzten Zeiten der Denikins Herrschaft getrieben wurde. Mit dem steigenden Einfluß Sinowjews und seiner instabilen Freunde sind die Daseinsbedingungen für das ausländische Kapital in Rußland immer schlechter geworden. Es ist ein Zeichen für die große Unternehmungslust deutscher Industrieller und Kaufleute, wenn trotzdem fast die Hälfte der gesamten von der Sowjetregierung erteilten Wirtschaftskonzessionen an Deutsche gegeben worden ist. Mit der Warnung, welche die „Iswestija“ dem deutschen Kapital erteilt, wird höchstens das Gegenteil erreicht. Bisher war der Handelsverkehr mit Rußland wenig erquicklich und überdies nicht einmal durchweg nützlich. Das englische Kapital hat sich an dem russischen Kohlenhauere mehr als einmal die Finger verbrannt; der Sinowjewbrief vom Oktober wird nicht gerade zur Ausdehnung des Warenverkehrs zwischen England und Rußland beitragen. Voraussetzungsweise wird das Frankreich Herriots, das bekanntlich am 28. Oktober die Sowjetregierung anerkannt hat, eifriger als bisher geschäftlich sein Heil in Rußland versuchen. Wir Deutsche können diesen Bestrebungen mit größter Ruhe zusehen. Wir wissen, daß es der Sowjetregierung nicht erst bei den Handelsbeziehungen, sondern schon bei den Handelsvertragsverhandlungen in erster Linie auf die Schaffung von Propaganda-Möglichkeiten ankommt. Mit dem russischen Flach und Manganzes, ja schon mit dem diplomatischen Notenverkehr über die Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen werden weltrevolutionäre Ideen in die Länder Mittel- und Westeuropas eingeführt. Die starken Zweifel, welche viele gute Kenner

Rußlands daran hegen, ob unter den gegenwärtigen Umständen in Moskau überhaupt ein lebhafter Warenverkehr geschaffen werden kann, sind durch die Entwicklung bisher nicht widerlegt worden. Unter der Herrschaft des Kommunismus ist die russische Wirtschaft nicht nur in ihrer Ertragsfähigkeit, sondern auch in ihrer Zuverlässigkeit bei der Abwicklung von Lieferungsverträgen bedenklich gesunken. Der Abschluß fester Vereinbarungen über den Handel zwischen Deutschland und Rußland ist notwendig; vor überschwänglichen Hoffnungen wegen des sich daraus entwickelnden Warenverkehrs muß jedoch eindringlich gewarnt werden.

Dr. Coll.

## Neue Gebührenermäßigung bei der Post.

Berlin, 29. Nov. Dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost sind für die im Dezember stattfindenden Tagungen Vorlagen wegen Ermäßigung der Post-Telegraphen- und Fernsprechggebühren zugegangen. Die Postgebühren im Inlande entsprechen im wesentlichen schon den Vorkriegssätzen. Im Auslandsverkehr ist eine Herabsetzung der Gebühr für den einfachen Brief auf 25 Pfg., für die Postkarte auf 15 Pfg. in Aussicht genommen. Für den Postverkehr ist außer einer wesentlichen Ermäßigung der Zahlartengebühr eine beträchtliche Herabsetzung der Anzahlungsgebühr vorgesehen, daß die Gebühr für Barauszahlungen von eins vom Tausend auf einhalb vom Tausend des Scheckbetrages und für barlose Auszahlungen von ein Viertel auf ein Zehntel vom Tausend des Scheckbetrages ermäßigt werden soll. Ferner soll, was besonders für Auszahlung niedriger Beträge von Bedeutung ist, die Gebühr künftig nicht mehr auf 5 Pfg., sondern auf 1 Pfg. abgerundet werden. Auch die bisherige hohe Gebühr für telegraphische Postanweisungen und im Zusammenhang damit die Gebühr für telegraphische Aufträge im Scheckverkehr werden durch die Vorlage wesentlich verbilligt. Weiter wird beabsichtigt, die Wortgebühr für Telegramme im Fernverkehr von 15 auf 12 Pfg. herabzusetzen. Eine Ermäßigung der Gebühr auf 10 Pfg. ist wegen des damit verbundenen Einnahmeausfalls zurzeit unmöglich. Um aber den Wünschen der Öffentlichkeit weit entgegenzukommen, soll auch im telegraphischen Verkehr eine Maßnahme auf 75 Kilometer Entfernung mit einer Wortgebühr von 8 Pfg. eingeführt werden. Die Wortgebühr für Ortstelegramme wird von 7,5 auf 6 Pfg. und für Brieftelegramme von 10 auf 8 Pfg. ermäßigt. Bei den Stundungsgebühren wird der Wegfall der Einzelgebühr von 7,5 Pfg. für jedes Telegramm vorgeschlagen, so daß für die Stundung nur noch 2 v. H. des Rechnungsbetrages zu erheben sind.

Die Ermäßigung der Fernsprechggebühren soll sich auf die Gesprächsgebühren im Ortsverkehr und im Fernverkehr und auf die Einrichtungsgebühren erstrecken; außerdem soll die Gebühr für das Aufgeben der Telegramme durch Fernsprecher oder durch Nebentelegraphen ganz wegfallen. Die Ortsgesprächsgebühr von 15 Pfg. gilt jetzt nur für 100 Gespräche im Monat. Bei den übersichtlichen Gesprächen ermäßigt sich die Gebühr von 100 zu 100 Gesprächen um einen Pfennig. Alle Gespräche, die die Zahl 500 im Monat übersteigen, kosten 10 Pfg. Künftig wird die Ermäßigung um je einen Pfennig schon in den Stufen von 50 zu 50 Gesprächen stattfinden, so daß der 10 Pfg.-Satz bereits bei Überschreitung der Zahl 300 eintritt. Eine Verbilligung der Ortsgesprächsgebühren für die ersten 100 Gespräche läßt sich nicht ermöglichen, weil die Selbstkosten der Verwaltung erst gedeckt werden, wenn ein Teilnehmer etwa 125 Ortsgespräche im Monat führt. 65 v. H. aller Teilnehmer erreichen diese Gesprächszahl jedoch nicht. Bei Herabsetzung der monatlich zu zahlenden Mindestgesprächsgebühren würde der Zugang an unrentierlichen Teilnehmern noch höher ansteigen. Aus diesem Grunde würde auch eine Herabsetzung der Gebühr auf 13 Pfg. für alle Ortsgespräche nicht durchführbar sein.

Die Ermäßigung der Fernsprechggebühren setzt bei Entfernungen über 50 Kilometer ein. Die Gebühr für Entfernungen von 50 bis 100 Kilometer (z. B. Berlin—Frankfurt O.) ermäßigt sich von 1,35 auf 1,20 Mark. In den weiteren Stufen betragen die Klassen 30 Pfg., so daß ein Gespräch Berlin—Dresden statt 1,80 1,50 Mark und ein Gespräch Berlin—Hamburg statt 2,10 1,80 Mark kosten wird. Bei Entfernungen bis 50 Kilometer hat die Herabsetzung der Gebühren unterbleiben müssen, weil der damit verbundene Einnahmeausfall nicht erträglich sein würde.

Die bei Herstellung neuer Fernsprecheinrichtungen als einmalige Gebühr zu zahlende Einrichtungsgebühr wird bei Hauptanschlüssen von 90 auf 80 und bei Nebenschlüssen von 60 auf 40 Mark herabgesetzt. Für die bei den Hauptanschlüssen

erforderlichen Apparate zum Anschließen der Nebenstellen (Anschlußorgane) soll die Einrichtungsgebühr je nach Größe der Nebenstellenanlagen statt 40 Mark nur 30 Mark oder 25 Mark betragen.

Besonders willkommen wird den Teilnehmern sein, daß sie ihre Telegramme künftig den Telegraphenanstalten durch Fernsprecher übermitteln können, ohne für die Niederschrift eine Gebühr zahlen zu müssen. Bisher wurde für jedes Wort 1 Fig. erhoben. Die Gebührenänderung soll im wesentlichen am 1. Januar 1925 in Kraft treten. Die neuen Post- und Fernspreckgebühren können jedoch wegen der nötigen umfangreichen Vorbereitungen für den Betrieb erst vom 1. Februar 1925 an erhoben werden.

### Was Nathusius erzählt.

Aus Kassel berichtet die „D. A. Ztg.“:

Die Kaiser-Friedrich-Straße war das Ziel vieler Besucher, die dem aus französischer Haft heimgekehrten General v. Nathusius die Glückwünsche zu seiner Heimkunft in der Heimat aussprechen wollten. Ich unterhielt mich lange mit ihm, und er erzählte in ruhiger und leidenschaftsloser Form über seine Verhaftung, berichtete über seine Untersuchungsphase und seine nochmalige Verhaftung, und in welcher Weise er von der Begnadigung in Kenntnis gesetzt worden sei. Er besand sich mit seiner Frau auf einem Familientage in Berlin, von wo aus er Ende Oktober mit seiner Frau direkt über Frankfurt a. Main nach Jorbach fuhr, um hier am Allerheiligentage das Grab seines Schwiegervaters zu besuchen. Er hatte, da ihm von seiner Verurteilung nichts bekannt war, dem Bürgermeister in Jorbach mitgeteilt, daß er kommen würde, und der Päch mit der Einreisefreibeit wurde ihm zugeteilt. Als er in Jorbach ankam, wurde er sogleich am Bahnhof angehalten und dann von einem französischen Offizier verhaftet. Man brachte ihn in das Militärgefängnis zu Reg. Hier erhielt er ein sehr schlechtes Zimmer angewiesen.

In Lille wurde er in das Zivilgefängnis gebracht, und hier wurde ihm ein großes Zimmer angewiesen. Keiner schloß der zur Bewachung kommandierte Soldat. Er konnte in seinem Zimmer auf- und abgehen und durfte auch den nahe bei dem Gefängnis liegenden Hof zu einem kleinen Spaziergang aufsuchen; der französische Wachtsohldat begleitete ihn. Die Offiziere und Beamten, mit denen er zusammenkam, benahmen sich stets lebenswürdig und entgegenkommend.

Die Verhandlungen vor dem Kriegsgericht in Lille gingen im allgemeinen so vor sich, wie sie von der deutschen Presse geschildert wurden. Von den zahlreichen Zeugnissen, die er aus Jorbach und Diederhosen und anderen Orten zu laden gebeten hatte, sei niemand zur Verhandlung zugezogen worden. Sie alle hätten beschwören können, daß er ein völlig zurückgezogenes Leben in Feindesland geführt und für irgend welche Requirierungen gar keine Verwendung gehabt hätte. Nach seiner Verurteilung wegen Raubes an französischem Privateigentum während des Krieges sei er völlig zusammengebrochen. Er konnte jetzt überhaupt nichts mehr essen und gar nicht mehr schlafen; denn eine derartige Verurteilung habe er gar nicht für möglich gehalten. Er habe seinen Rechtsbeistand sofort gebeten, gegen dieses Urteil Revision einzulegen, denn er könne vor seinem Gewissen verantworten, daß er niemals feindliches Privateigentum für sich behalten habe. Einige Tage vergingen, als plötzlich in der Nacht ein französischer Major, vermutlich der Ortskommandant von Lille, mit einem älteren Sergeanten oder Offiziersstellvertreter zu ihm ins Zimmer trat, um ihm mitzuteilen, daß der französische Kriegsminister Kollat sich für ihn beim Präsidenten der Republik verwendet habe und er infolgedessen durch einen Gnadenakt des französischen Präsidenten Doumergue aus der Militärhaft entlassen werde. Er habe keinen Anlaß gehabt, für eine Begnadigung zu danken, denn er sei unschuldig und werde alles daran legen, um durch eine Revision vor aller Welt rehabilitiert zu werden. In Nachwirkung der Unterernährung in französischer Gefangenschaft ist General v. Nathusius an einem Ruhranfall erkrankt und gezwungen, das Bett zu hüten.

### Neues vom Tage.

#### Die Beamtenbesoldungsregelung.

Berlin, 1. Dez. Halbamtlich wird gemeldet: Zur Beamtenbesoldungserhöhung ab 16. November bzw. 1. Dezember 1924 bringt die Nr. 61 des Reichsbesoldungsblattes vom 29. November 1924 reiches statistisches Material über die Auswirkung dieser Reuregelung, besonders über das Verhältnis der jetzigen Beamtenbezüge in den verschiedenen Besoldungsgruppen zu denen von 1913.

Nach dem jetzigen Gehaltsstande betragen z. B. die reinen Endgrundgehälter einschließlich des neuen Zuschlages durchschnittlich in den Besoldungsgruppen drei 97 v. H., fünf 98 und acht, elf und dreizehn je 88 v. H. von den Endgrundgehältern von 1913. Bei Einrechnung der sozialen Zulagen für die Ehefrau und zwei Kinder von 8-14 Jahren, für die der Aufwand 1913 aus dem Grundgehalt mitbetrifften werden mußte — abgesehen vom Wohnungsaufwand, der 1913 wie jetzt etwa durch den Wohnungszuschuß gedeckt wird — erhöhen sich im Durchschnitt diese Hundertsätze in den Besoldungsgruppen drei auf 126, fünf auf 127, acht auf 102, elf auf 98 und dreizehn auf 93 v. H. der Endgrundgehälter von 1913. Bei Betrachtung der Gesamtbezüge einschließlich Wohnungszuschuß ergibt sich, daß z. B. im Durchschnitt verheiratete Beamte mit zwei Kindern von 8-14 Jahren in einem Orte der Sonderklasse an Gesamtbezügen in den Besoldungsgruppen drei 126, fünf 127, acht 102, elf 98 und dreizehn 92 v. H. der Gesamtbezüge von 1913 erhalten. Die Gesamtabbezüge dieser Beamten sind also gemessen an denen von 1913 in den unteren Besoldungsgruppen um etwa 30-35 v. H. in den mittleren um etwa 7-10 v. H. höher als in den oberen Besoldungs-

gruppen. Die Spannung zwischen den Bezügen der Besoldungsgruppen drei und acht, die bei den Endgrundgehältern 1913 1:7,5 betrug, ist also bei den verheirateten Beamten mit 2 Kindern, bezogen auf die Endgrundgehälter einschließlich Sozialzulagen auf 1:5,1, bezogen auf die Gesamtbezüge einschließlich Wohnungszuschuß von 1913 1:6,6 auf jetzt 1:4,8 zusammengedrückt.

Weitere Fakten zeigen das Verhältnis der Beamtenbezüge zu den Arbeiterlöhnen und zu der Preisbewegung, wie sich diese aus den Berechnungen des Statistischen Reichsamts ergeben. Hieraus ist ersichtlich, daß das Realeinkommen eines verheirateten Beamten mit 2 Kindern in den unteren Besoldungsgruppen, gemessen sowohl an den Grundgehältern, wie an den Kleinhandels-Indices, auch ohne Berücksichtigung des Lebenshaltungsindezes, der durch die Zwangsmieten niedrig gehalten wird, etwa das Realeinkommen von 1913 erreicht, während das jetzige Realeinkommen der Beamten in den mittleren und höheren Besoldungsgruppen hinter dem von 1913 noch mehr oder weniger zurückbleibt. Den mehrfach erhobenen Vorwurf, daß die jetzige Besoldungsregelung „unsozial“ sei, wird man hiernach also nicht aufrecht erhalten können.

#### Der ägyptische Aufstand.

London, 1. Dez. Bei dem Angriff der englischen Truppen auf die Kompanie des 11. sudanesischen Bataillons, das meuterte, hatten die Sudanesen zahlreiche Tote und Verwundete. Auch bei den anderen Kompanien des 11. Bataillons kamen Fälle von Ungehorsam vor. Es wird bemerkt, daß das 11. Bataillon bereits im Monat August, als es unter Führung ägyptischer Offiziere stand, meuterte. Diesmal aber sei der Fall schwerer, weil die ägyptischen Offiziere bereits abgezogen waren und die sudanesischen Truppen dennoch meuterten. Im Foreign Office erregte deshalb die Nachricht besondere Unruhe und auch in der auswärtigen Kolonie von Kairo herrscht lebhaftes Belästigung. Die ägyptische Polizei nahm die Verhaftung von 40 Führern der ägyptischen Nationalisten vor. Darunter befinden sich fünf Mitglieder des ägyptischen Parlaments. Im Foreign Office wurde erklärt, daß diese Verhaftungen nicht von den englischen Behörden vorgenommen wurden, sondern von dem neuen ägyptischen Kabinett, das volle Handlungsfreiheit habe, jene Verhaftungen vorzunehmen, die ihm notwendig erscheinen. Die Verhafteten werden vor ägyptische Gerichtshöfe gestellt.

Der „Times“-Korrespondent in Kairo meldet, daß die ägyptische Regierung die letzten Forderungen des englischen Ultimatus angenommen habe. Zagul Pascha hat es bekanntlich abgelehnt, die Forderungen bezüglich des Schutzes der Ausländer in Ägypten und der Räumung des Sudans zu erfüllen. Da jetzt alle englischen Forderungen angenommen sind, werden die von den englischen Truppen besetzten Zollhäuser in Alexandrien sofort geräumt.

Die Räumung des Sudans durch die ägyptischen Truppen ist beendet. Das Land ist vollkommen ruhig. Die englische Regierung beordert aber noch weitere Infanterie, Kavallerie und Kriegsschiffe nach Ägypten. Zagul Pascha wird das Land verlassen und sich nach Italien und Frankreich begeben.

London, 1. Dez. Nach einer Meldung des „Daily Express“ aus Chartum sind bei einer Revolte der dortigen sudanesischen Truppen 6 Offiziere und 11 Mann der britischen ägyptischen Truppen getötet und ein Offizier und 11 Mann verwundet worden. Die meuternden sudanesischen Truppen hatten große Verluste. Eine beträchtliche Zahl von ihnen wurde getötet.

#### Neue Wohnungen — für Franzosen.

Berlin, 1. Dez. Wie die „B. Z.“ aus Diez an der Lahn meldet, verlangten die Franzosen neuerdings eine Anzahl Wohnungen für verheiratete Offiziere und Unteroffiziere. Damit beträgt die Gesamtzahl der von den Franzosen beanpruchten Wohnungen 65 Familienwohnungen und 17 kleinere für alleinstehende Offiziere.

#### Japan und das Genfer Protokoll.

Paris, 1. Dez. Nach Blättermeldungen aus Tokio hat das japanische Kabinett beschlossen, das Genfer Protokoll nicht zu ratifizieren, wenn es von Großbritannien nicht auch ratifiziert würde. Nach der „Chicago Tribune“ erklärte der japanische Ministerpräsident, Japan nehme alle Vorschläge bezüglich der Seeabriegelung unter der Bedingung gerne an, daß sie mit der Sicherheit Japans vereinbar seien. Japan werde alle Anregungen Washingtons in wohlwollendem Sinne prüfen.

#### Der deutsch-englische Handelsvertrag.

London, 1. Dez. Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation über den deutsch-englischen Handelsvertrags wurden nach einer Meldung der „Times“ am Samstag erfolgreich zu Ende geführt. Der Wortlaut des Vertrags wurde auf einer Grundlage vereinbart, wonach Deutschland nicht nur Meistbegünstigung gewährt, sondern auch gewisse Garantien gegen unterschiedliche Behandlung und gegen Einfuhrbeschränkung gibt. Die britische Regierung übernehme es dagegen, dem Parlament so bald als möglich die Vorlage zu unterbreiten, die die Deutschland auferlegten Beschränkungen beseitigt, so daß keinerlei unterschiedliche Behandlung gegenüber den Deutschen und anderen Ausländern stattfindet. Der „Times“ zufolge bleibt jedoch die Frage der 26prozentigen Abgabe weiterhin offen. Es sei eine Formel gefunden und in Berlin vorgelegt worden, die es der deutschen Regierung gestatten werde, den Vertrag zu unterzeichnen, ihn dem Reichstag zur Ratifikation zu unterbreiten und die Abgabefrage einer späteren Regelung zu überlassen. Die britische Regierung äußerte in dieser Hinsicht die Bereitwilligkeit, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Handelsverkehr zu erleichtern. Sie werde es jedoch ablehnen, einen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, der dem Grundgedanken der Abgabe selbst oder den Bestimmungen des Dawesberichts zuwiderläuft.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 2. Dezember 1924.

\* **Schneller Tod.** Als der verheiratete Bauer Matth. Schauble aus Hornberg gestern bei der Firma Gebr. Theurer seinen Langholzwagen aufmachte, rutschte die Winde und das Langholz traf Schauble, der noch etwa zwei Stunden lebte und dann starb. Er blieb bis zu seinem Tod bei vollem Bewußtsein, offenbar ohne Schmerzen zu empfinden. Irgendwelche Verletzungen konnten nicht festgestellt werden, und es scheint, daß er infolge des Schreckens einem Herzschlag erlegen ist.

\* **Rebel.** Gestern nachmittag war hier im Tal ein so dichter Nebel zu verzeichnen, daß der Verkehr fast behindert war. Die ältesten Leute können sich nicht daran erinnern, daß sie hier schon einen solchen Nebel erlebten. Gegen Abend verzog sich der Nebel wieder.

\* **Radio.** Es sind hier schon wiederholt Versuche mit Radio gemacht worden, und zwar von verschiedenen Firmen und Technikern und alle führten zu keinem befriedigenden Ergebnis. Letzter Tage führten die Versuche von Herrn Max Appenzeller aus Reutlingen zum Ziel und heute abend wird er im „Grünen Baum“ mit Vorführungen Gelegenheit geben, sich davon zu überzeugen, daß in Altensteig keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bezüglich des Radioempfangs bestehen. Mit dem Lautsprecher wird man die Sendestelle Stuttgart und mit den Kopfhörern in- und ausländische Sendestellen genießen können. Interessenten haben zu diesen Vorführungen freien Zutritt.

\* **Ein unbeachtetes Verbot.** (Eingesandt.) Neuerdings mehren sich wieder die Fälle, in welchen die Stechpalme, welche bekanntlich unter staatlichem Schutz steht, sowohl zu Totenkränzen, als auch zu Ausschmückungen aller Art, z. B. zu Altarsträußen bei Hochzeiten, zu Adventssträußen usw. verwendet wird. Diejenigen, welche die Stechpalme zuweilen liefern, wissen ganz genau, daß deren Verwendung verboten ist und es ist doch bei uns in der Regel sehr leicht festzustellen, wer der Missetäter ist, weshalb wird da seitens der zuständigen Polizeibehörden, die solche Kränze usw. doch auch sehen, nicht eingeschritten?

Jeder, der einen Kranz oder eine Ausschmückung bestellt, sollte, wenn er noch ein klein wenig Sinn für die Schönheiten der Natur hat, die Verwendung von Stechlaub unbedingt ablehnen. Diejenigen Besteller aber, welche ausdrücklich Stechlaub wünschen, verdienen ebenso bestraft zu werden wie der Lieferer. Es ist nicht nötig, daß wegen der Gelüste und des Unverstandes Einzelner die Stechpalme vollends ausgerottet wird.

An die zuständigen Polizei- und Forstbehörden sei aber die dringende Bitte gerichtet, sie mögen die Verwendung von Stechlaub zu Kränzen, Ausschmückungen usw. energisch unterdrücken.

— **Stimmberichtigte,** die durch körperliche Gebrechen verhindert sind, den Stimmzettel eigenhändig auszufüllen, in den Umschlag zu legen und dem Abstimmungs Vorstand zu übergeben, können sich im Abstimmungsraum einer Vertrauensperson bedienen. Die Vertrauensperson ist allein vom Stimmberichtigten auszuwählen. Weder eine Partei noch der Abstimmungs Vorstand sind berechtigt, Personen als Vertrauensperson für einen Abstimmungsraum aufzustellen. Die Erfahrungen früherer Wahlen zeigen, daß da, wo anders verfahren wird, Wahlbeeinflussungen zu befürchten sind. Die Wahlvorsteher werden daher streng darauf zu achten haben, daß die Vorschriften über Wahlhilfe nicht mißbraucht werden.

— **Was der Dezember bringt.** Dem 100jährigen Kalender nach soll der Dezember mit unfreundlichem Wetter, mit Regen, Schnee und Nebel beginnen, und erst am 10. des Monats trocken werden. Die Trockenheit soll am 18. Dezember in Frost übergehen, der bis zum 27. des Monats anhält. Am 28. Dezember soll es regnen. Mit zwei schönen, hellen Tagen (30. und 31. Dezember) will dann das alte Jahr von uns Abschied nehmen. So „der Hundertjährige“! Ob er recht behält? Ein Sprichwort der Neuzeit sagt: „Es kommt immer anders, als man denkt!“

Der wichtigste Tag in politischer Bedeutung ist der 7. Dezember, ein Sonntag, an dem die Reichstagswahl stattfindet. Am 22. Dezember ist Winters Anfang. Der heilige Abend des 24. Dezember fällt auf Mittwoch, die beiden Weihnachtsfeiertage (25. und 26. Dezember) auf Donnerstag und Freitag. Mit der Nacht vom 24. zum 25. Dezember beginnen die sogenannten 12 Nächte, deren letzte auf den 4. zum 5. Januar fällt. Ein alter Aberglaube sagt, daß das, was man in diesen 12 Nächten träumt, in Erfüllung geht. Der letzte Tag im Jahre (31. Dezember), Sylvester, fällt auf einen Mittwoch.

— **Neuregelung der Ausbildung von Berufsschullehrerinnen.** Nachdem die Ausbildung von Fachlehrerinnen (bisher niedergeprüfte Handarbeitslehrerinnen) durch die Verfügung des Kultusministeriums vom 18. Juni 1923 neu geregelt ist, muß auch die Ausbildung der Lehrerinnen an Frauenarbeitschulen, die bisher auf der niederen Prüfung aufbaute, auf neue Grundlagen gestellt werden. Nach der alten Prüfungsordnung vom 9. Dezember 1899 können nur noch die Bewerberinnen geprüft werden, die 1923 in die niedere Ausbildung eingetreten sind; es findet also im Jahre 1927 für die Lehrerinnen an Frauenarbeitschulen zum letztenmal die alte Ordnung Anwendung. Da der Bedarf an Lehrerinnen für die Frauenarbeitschulen eine rechtzeitige Vorfrage für ausreichenden Erfahrgeliebterisch verlangt, wird mit der Ausbildung nach der neuen Prüfungsordnung voraussichtlich schon am 1. April 1925 begonnen. Die Ausbildung soll 3 Jahre dauern und soll in einem zunächst an die Frauenarbeitschule Stuttgart angeschlossenen Seminar stattfinden.



# Sonder-Angebot

Ein großer Posten

Farbige Unterröde Mt. 5.— und Mt. 6.—  
Frauenhemden aus gutem gestreiften Flanell Mt. 4.—  
Frauenhosen Mt. 3.—

Paul Ränchle, am Markt, Calw.

## Schlittschuhe

für Damen u. Herren, sowie für Kinder  
in einfacher bis feinst vernickelter Aus-  
führung empfiehlt in reicher Auswahl  
sehr preiswert

Lorenz Luz jr., Altensteig  
Telefon 46.

## + Bruchleidende +

haben es nicht nötig, sich mit schlechten Bruchbändern zu  
ärgern, tragen Sie das allen Anforderungen und voll-  
kommenste

Opel-Bruchband D. R. G. M.  
ohne Feder

für jeden Bruch unbedingt zuverlässig. Garantie für  
richtiges Passen; nur Maßarbeit. In allen Kreisen bestens  
empfohlen. Unsere

Vorfalbandage

bietet jede gewünschte Erleichterung, nur bequemes Tragen,  
kein Knebel. Unsere Bandagen sind Tag und Nacht ohne  
jede Beschwerden vom kleinsten Kind bis zum ältesten Greis  
tragbar, deshalb werden schon nach kurzer Zeit Heilerfolge  
erzielt. Besuchen Sie unverbindlich und kostenlos unseren  
Vertreter am

Freitag, 5. Dez. in Altensteig von 8—2 Uhr im Bahnhofshotel.

Achten Sie bitte genau auf unsere Firma!

Martin Opel, Bandagenspezialist  
Mühldorf a. Inn.

Von meinem Bruchleiden bin ich nach Tragen des Opel-  
Bruchbandes nach einem Jahr vollständig geheilt!

Jos. Weber, Breitenberg bei Passau.

Nach 1-jährigem Tragen Ihres Bruchbandes bin ich  
vollständig geheilt.

Joh. Ren, Reimerbauer, Ingell bei Traunstein Obv.

Solche Dankschreiben laufen fortwährend ein, und liegen  
vor der Sprechstunde zur Einsicht auf.

## Schüle's Eierfadennudeln

in Paketen à 1/2 und 1 Pfund,  
sowie in Kistchen à 10 Pfd. Inhalt

Eier-Bandnudeln  
Hörule  
Makkaroni  
Spaghetti

Tafelreis  
Weizengriech  
Finsen  
Zwetschgen

Kristall-, Würfel- und Sandzucker  
empfehlen zu billigsten Tagespreisen

Jacob Hanselmann, Simmersfeld.

Hornberg.

## Todes-Anzeige.



Tief betrübt geben wir Verwandten, Freunden  
und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein  
treubeforgter Gatte, unser lieber Vater, Bruder  
und Schwager

Matthäus Schaible

Montag nachmittag 1/4 Uhr im Alter von 57  
Jahren durch einen schnellen Tod in die ewige  
Heimat abgerufen wurde.

Die trauernde Gattin:  
Christine Schaible  
mit ihren Kindern.

Beerdigung am Donnerstag 1/21 Uhr.

## Weine

in 1/2 Flaschen von 95 S an

Elsäßer-Weiß 22er

Hambacher-Weiß 21/22er

Dürkheimer-Rot 21/22er

Untertürkheimer-Troll.

21/22er

Wachenheimer-Rot 22er

Elsäßer-Rot 22er

Malaga 1/2 und 1/3 Flaschen

Kraf-Verschnitt

Rum-Verschnitt

empfehlen

## Löwen-Drogerie

+ Gebr. Benz +  
Altensteig

Marktplatz

nur im H. D. S. Kaldenbach sen.

Altensteig.

## Zu verkaufen:

Guterhaltene Waschmaschine

für Handbetrieb und

Waschkessel von Zink in

Eisengestell.

Köbele, D.A.-Bmstr.

Wart.

Eine starke 26 Wochen

trüchtige



Kalbin

steht dem Verkauf aus

L. Fenchel.

Jurhaml Simmersfeld.

## So-Angel, Papier- roller, Brennholz u. Reißig-Berkauf.

Am Samstag, den 6. De-  
zember 1924, vormittags  
1/2 11 Uhr im „Löwen“ in  
Simmersfeld aus Staats-  
wald I. Hardt Abt. 3 u. 4,  
II. Citele Abt. 28 35 Km  
So-Angel, 12 Km I. Kl.,  
20 Km II. Kl., 16 Km III.  
Kl., Papierroller gerepelt,  
67 Km Nadelholz-Präl., so-  
wie 9 Lose Nadelholz-Wellen.

## Radio- Freunde

sind zu einer Vorführung  
auf heute Abend in den  
Grünbaumsaal eingeladen.  
Eintritt frei!

## Dixin

macht die das Waschen  
leicht — es ist in Güte  
unvergleichlich!

## beim Waschen

Scheuern und beim  
Drehen ist es von  
allergrößtem Nutzen!

Tüchtigen

## Pferdeknecht

für Landwirtschaft sucht

E. Kempf, untere Mühle

Ebhansen.

Gestorbene.

Nagold: Maria Brodbeck,

geb. Minch, Stadtschulth.

Witwe, 66 J.

Calw: Ernst Waldkirch,

Hauptlehrer a. D., 80 J.

Meine Verlobung mit

Schwester Lucia Granzin aus Berlin

beehre ich mich anzuzeigen

Altensteig, Advent 1924.

Theodor Loeckle, Lehrer.

Berned.

## Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten und Bekannten machen  
wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Vater

Gottlieb Dengler

nach kurzer, aber schwerer Krankheit im Alter von  
62 Jahren rasch verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Kinder.

Beerdigung am Mittwoch Mittag 2 Uhr.

## Wählen Sie

beim Einkauf Ihrer Toiletteartikel unsere Firma.  
Packungen zu Weihnachtsgeschenken geeignet in großer  
Auswahl vorhanden.

## + Löwendrogerie Gebr. Benz, Altensteig +

nur im Hause des Herrn Kaldenbach sen. (Marktplatz).

Sehr schöne, trockene

## Eichenschnittware

Stärke 27 bis 70 mm

hat preiswert in jeder beliebigen Menge abzugeben

B. Rog Nachfolger, Freudenstadt.

## Anzüge

für Herren, Burschen u. Knaben; Mäntel für Herren, Burschen u. Knaben;

Gestrickte Knabenanzüge, Zweteranzüge

## Hosen

für Herren, Burschen und Knaben, aus gestreiften wollenen Stoffen, Halbtuch,  
Englischleder, Hosenzeug, Samthord;

## Sport-hosen

aus verschiedenen Stoffen;

## Lodenjoppen

gefüttert und ungefütert für Herren, Burschen und Knaben;

## Gummimäntel, imprägnierte Mäntel,

## Lodenmäntel

## Pelerinen

f. Kinder u. Erwachsene

## Windjacken

f. Kinder u. Erwachsene

Gestrickte Westen, Sportwesten

## Warmunterkleidung

in großer Auswahl;

Strümpfe, Socken, Hosenträger,  
Sportstutzen, Wickelgamaschen

Paul Ränchle, am Markt, Calw.